

Die Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union bis zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, verdeutlicht und überprüft an den Interventionen auf dem Westbalkan

Hamdi Reqica

**Die Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits-
und Verteidigungspolitik der Europäischen
Union bis zur Ständigen Strukturierten
Zusammenarbeit, verdeutlicht und überprüft
an den Interventionen auf dem Westbalkan**

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

ISBN 978-3-86573-977-3

© 2016 Wissenschaftlicher Verlag Berlin

Olaf Gaudig & Peter Veit GbR

www.wvberlin.de / www.wvberlin.com

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, auch einzelner Teile, ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für fotomechanische Vervielfältigung sowie Übernahme und Verarbeitung in EDV-Systemen.

Druck und Bindung: SDL – Digitaler Buchdruck, Berlin

Printed in Germany

€ 63,00

Inhaltsverzeichnis

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	13
<i>Einführung</i>	17
Kapitel I: Von der wirtschaftlichen Integration zur Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ)	20
I. Pläne für die Gründung und die Entwicklung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit	20
1. Fouchet-Plan I.....	23
2. Fouchet-Plan II.....	24
II. Die Einigung auf eine rechtlich unverbindliche zwischenstaatliche Zusammenarbeit (Europäische Politische Zusammenarbeit)	25
1. Die Haager Konferenz vom 1./2. Dezember 1969.....	25
2. Davignon-Bericht vom 20. Juli 1970	26
3. Luxemburger Bericht vom 27. Oktober 1970.....	26
III. Verfahrensregelungen der EPZ	27
IV. Die Weiterentwicklung der EPZ	28
1. Kopenhagener Bericht.....	28
2. Londoner Bericht.....	29
3. Feierliche Deklaration zur Europäischen Union.....	29
4. Einheitliche Europäische Akte	30
4.1 Einbeziehung der EPZ in die EEA und die Änderung ihrer rechtlichen Stellung.....	31
4.2 Die Struktur und die Zuständigkeiten der EPZ in der EEA	32
4.3 Die Geburt der Sicherheitspolitik der EG durch die EEA	33
V. Zwischenergebnis	34
Kapitel II: Die Einführung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durch den Maastrichter Vertrag	35
I. Die Umwandlung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) in die Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU	36
1. Der Begriff der Außenpolitik.....	37
2. Ziele der GASP.....	42
2.1 Der Zielkatalog.....	42
2.2 Rechtsverbindlichkeit der Zielbestimmungen der GASP.....	43
3. Die Hauptakteure der GASP und das Beschlussverfahren	45
3.1 Der Europäische Rat.....	46
3.2 Der Rat der Europäischen Union.....	47
3.2.1 Der Ratsvorsitz.....	49
3.2.2 Die Troika.....	50
3.3 Die Europäische Kommission	50
3.4 Das Europäische Parlament	51
3.5 Die Mitgliedstaaten.....	53
4. Die Handlungsinstrumente der GASP.....	54
4.1 Grundsätze und Allgemeine Leitlinien	54
4.2 Gemeinsame Aktionen	55
4.3 Die Gemeinsamen Standpunkte.....	58
4.3.1 Verfahren zum Erlass Gemeinsamer Standpunkte	58
4.3.2 Die Bedeutung eines Gemeinsamen Standpunktes.....	59
4.4 Gemeinsame Erklärungen.....	60
II. Der Stand der Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union (ESVP)	62

1. Die Sicherheitspolitik der EU im Rahmen der GASP im Maastrichter Vertrag.....	62
1.1 Der Begriff der Sicherheit.....	63
1.2 Der Begriff der Sicherheitspolitik der Union.....	64
1.3 Rahmen der Sicherheitspolitik.....	68
2. Die Verteidigungspolitik der EU im Rahmen der GASP.....	69
2.1 Der Begriff der Verteidigungspolitik.....	69
2.2 Die WEU als Verteidigungskomponente der EU.....	72
2.2.1 Die Bestimmung der Rolle der Westeuropäischen Union bei der Entwicklung der EU.....	73
2.2.2 Die Erklärung zur Westeuropäischen Union.....	74
2.2.3 Beziehungen zwischen der WEU und der EU.....	74
2.2.4 Die operative Rolle der WEU.....	77
2.2.5 Die Beziehungen zwischen der WEU und der NATO.....	79
2.2.6 Das CJTF-Konzept.....	81
2.2.7 Die Petersberg-Erklärung.....	82
2.2.8 Die Petersberg-Aufgaben.....	83
2.2.8.1 Humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze.....	84
2.2.8.2 Friedenserhaltende Aufgaben.....	87
2.2.8.3 Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens.....	88
III. Zwischenergebnis.....	89
Kapitel III: Die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Amsterdamer Vertrag.....	91
I. Die Reformen der GASP durch den Amsterdamer Vertrag.....	91
1. Neuanpassung der Ziele der Union im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik.....	92
2. Die Handlungsinstrumente nach dem Amsterdamer Vertrag.....	93
2.1 Grundsätze und Allgemeine Leitlinien.....	93
2.2 Gemeinsame Aktionen.....	94
2.3 Gemeinsame Standpunkte.....	95
2.4 Gemeinsame Strategien.....	95
3. Änderungen des Entscheidungsverfahrens.....	97
3.1 Das Einstimmigkeitsprinzip und Abstimmung mit einfacher Mehrheit.....	97
3.2 Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit.....	97
3.3 Konstruktive Enthaltung.....	98
4. Änderungen im institutionellen Rahmen der GASP.....	99
4.1 Der Hohe Vertreter der Union im Bereich der GASP.....	99
4.2 Die Strategieplanungs- und Frühwarnereinheit.....	100
4.3 Neue Troika.....	101
4.4 Sonderbeauftragte.....	101
II. Der Amsterdamer Vertrag als Geburtsurkunde der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).....	103
1. ESVP nach dem Amsterdamer Vertrag.....	103
1.1 Die Verteidigungspolitik.....	103
1.2 Die schrittweise Festlegung der gemeinsamen Verteidigungspolitik.....	103
1.3 Der Rahmen der Verteidigungspolitik.....	104
2. Die Einbeziehung der WEU in den Amsterdamer Vertrag.....	105
2.1 Verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und der WEU.....	106
2.2 Beschluss des Rates über die Regelungen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und der WEU.....	107
2.3 Erklärung der WEU zu ihren Beziehungen zur EU und zur NATO.....	108
3 Möglichkeiten und Hindernisse einer Integration der WEU in die Europäische Union....	109

3.1 Die Mitgliederstrukturen.....	110
3.2 Neutralitätsfragen	110
3.2.1 Neutralitätsbegriff.....	110
3.2.2 Neutralität und die EU	112
3.2.3 Neutralität und die GASP-Bestimmungen.....	113
3.2.4 Neutralität und die ESVP	115
3.2.4.1 Die Verpflichtung, nicht an einem Krieg teilzunehmen	116
3.2.4.2 Das Verbot, sich Militärallianzen anzuschließen	116
III. Zwischenergebnis	118
Kapitel IV: Die Entwicklung der ESVP nach Amsterdam bis zum Vertrag von Nizza.....	119
I. Die Gipfeltreffen von Köln bis Nizza über den Aufbau eigener	
Krisenbewältigungskapazitäten der EU.....	119
1. Bestrebungen zur Entwicklung der ESVP	119
2. Kölner Gipfel.....	120
3. Helsinki-Gipfel	121
4. Gipfel von Santa Maria de Feira	122
5. Nizza-Gipfel.....	123
II. Die Weiterentwicklung der ESVP durch den Nizzavertrag und	
den Post-Nizza-Prozess.....	125
1. Die autonome ESVP	125
2. Übernahme des Instituts für Sicherheitsstudien und des Satellitenzentrums durch die EU	126
3. Die Deaktivierung der WEU	126
4. Entscheidungen über die Beschlüsse mit verteidigungspolitischen Auswirkungen	128
III. Das Projekt der ESVP nach dem Nizzavertrag und dem Post-Nizza-Prozess.....	129
1. Begriffsbestimmungen	129
2. Militärische Komponente der Krisenbewältigung	131
2.1 Helsinki Headline Goals	132
2.1.1 European Capability Action Plan – ECAP	134
2.1.2 Die Durchführung des Aktionsplans	136
2.2 Das Streitkräfte-Planziel 2010.....	137
2.2.1 Die Battlegroups (BG)	138
2.2.2 Etappen der Zielsetzungen	140
2.2.3 Die Zertifizierung der BG	142
2.2.4 Das Verfahren zur Erreichung des Planziels.....	143
2.2.5 Die Vorteile der BG.....	145
2.2.6 Das Verfahren zur Einsetzung der BG.....	146
3. Nichtmilitärische Komponente der Krisenbewältigung	149
3.1 Der Aktionsplan zur nichtmilitärischen Krisenbewältigung.....	151
3.2 Ziviles Planziel 2008.....	153
3.2.1 Die Ziele und die Aufgaben des Planziels 2008.....	154
3.2.2 Der Prozess der Umsetzung und das weitere Vorgehen zur Verwirklichung des Planziels.....	155
3.3 Die Tätigkeitsbereiche der EU zur zivilen Krisenbewältigung.....	158
3.3.1 Polizei.....	158
3.3.2 Rechtsstaatlichkeit.....	161
3.3.2.1 Mission zur Unterstützung der Rechtsstaatlichkeit in Georgien, EUJUST „Themis“	163
3.3.3 Stärkung der Zivilverwaltung.....	167
3.3.4 Katastrophenschutz (Bevölkerungsschutz).....	168
3.3.5 Überwachungsmissionen.....	172
3.3.6 Sonderbeauftragte der EU	172

3.4	Zweites Ziviles Planziel 2010.....	174
3.4.1	Aufgaben des Zivilen Planziels 2010	176
3.4.2	Der Umsetzungsprozess des Zivilen Planziels 2010	177
IV.	Institutioneller Rahmen der ESVP.....	179
1.	Politische Gremien.....	179
1.1	Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK).....	179
1.1.1	Aufgaben unter normalen Umständen.....	180
1.1.2	Aufgaben in Krisenfällen.....	181
1.2	Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV).....	182
1.3	Das EU-Lagezentrum.....	183
1.4	CIVCOM.....	184
1.5	Der Krisenreaktionsmechanismus und das Instrument der Stabilität.....	185
1.6	Civilian Planning and Conduct Capability (CPCC).....	186
2.	Militärische Gremien	187
2.1	Der Militärausschuss der Europäischen Union (EUMC).....	187
2.1.1	Aufgaben in normalen Phasen	188
2.1.2	Aufgaben in Krisenfällen.....	189
2.2	Der Militärstab der Europäischen Union (EUMS).....	189
2.2.1	Aufgaben.....	190
2.2.1.1	Aufgaben in einem Normalfall	190
2.2.1.2	Aufgaben in einem Krisenfall.....	192
2.2.1.3	Funktionen im Verlauf von Operationen.....	192
2.2.2	Die Struktur des EUMS.....	193
2.3	Die zivil-militärische Zelle der EU	193
2.4	EU-Operationszentrum	195
3.	Agenturen und sonstige Einrichtungen und Programme im Bereich der ESVP.....	197
3.1	Europäische Verteidigungsagentur.....	197
3.2	Satellitenzentrum der Europäischen Union (EUSC).....	199
3.3	Das Institut für Sicherheitsstudien (ISS).....	200
3.4	Sicherheits- und Verteidigungskolleg (ESVK)	201
V.	Das Beschlussverfahren im Rahmen der Krisenbewältigung	203
1.	Entwicklung des Krisenbewältigungskonzeptes (CMC).....	203
2.	Entwicklung von strategischen Optionen.....	206
3.	Entwicklung des Operationskonzeptes (CONOPS) und Operationsplans (OPLAN).....	208
4.	Die Durchführung der Operation	214
5.	Neuausrichtung des Handelns und Beendigung der Operation.....	216
6.	Beschlussfassungsverlauf.....	217
VI.	Zivil-militärische Zusammenarbeit der EU	220
1.	Begriffbestimmung der zivil-militärischen Zusammenarbeit.....	220
2.	Zivil-militärische Kooperation (Civil-military Co-operation – CIMIC).....	220
3.	Zivil-militärische Koordination (Civil-military Coordination – CMCO).....	222
4.	CMCO als Kultur der Koordinierung	223
VII.	Die Beziehungen zwischen der EU und der NATO	226
1.	Allgemeines	226
2.	Indirekte EU-NATO-Beziehungen.....	227
3.	Direkte EU-NATO-Beziehungen	228
4.	Praktische Umsetzung der Vereinbarungen.....	232
4.1	Die Beziehungen in einem Normalfall	232
4.2	Die Beziehungen in einer Krisensituation.....	232
4.3	Beziehungen der EU und der NATO bei EU-geführten Operationen unter Rückgriff auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten	233

4.4 Beziehungen bei autonomen Operationen.....	234
VIII. Die Finanzierung der ESVP.....	235
1. Finanzierung ziviler Krisenbewältigungsausgaben.....	235
2. Finanzierung der militärischen Krisenbewältigung.....	238
2.1 Die gemeinsamen Kosten zur Finanzierung der militärischen Operationen.....	238
2.2 Athena-Mechanismus.....	239
IX. Zwischenergebnis.....	242
Kapitel V: Lissabonner Vertrag.....	244
I. Die Weiterentwicklung der ESVP durch den Lissabonner Vertrag.....	244
1. Allgemeines.....	244
2. Das auswärtige Handeln der Union.....	245
2.1 Allgemeine Bestimmungen.....	245
2.2 Die Säulenstruktur innerhalb des auswärtigen Handelns der Union.....	245
3. Neuerungen bei den besonderen Bestimmungen über die GASP.....	246
3.1 Gerichtliche Kontrolle der GASP.....	247
3.2 Handlungsinstrumente der GASP und ihre Rechtsverbindlichkeit.....	248
3.3 Das Entscheidungsverfahren.....	249
4. Institutionelle Veränderungen.....	250
4.1 Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (HVUASP).....	250
4.1.1 Ernennung und Beendigung der Amtszeit.....	252
4.1.2 Leitungsfunktion.....	253
4.1.3 Initiativrecht.....	254
4.1.4 Vorsitzender im Rat „Auswärtige Angelegenheiten“.....	255
4.1.5 Vizepräsident der Kommission.....	255
4.2 Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD).....	257
4.2.1 Die Zuständigkeitsbereiche des EAD.....	258
4.2.2 Ansiedlung des EAD.....	260
4.3 Delegationen der Union.....	261
II. Die Entwicklung der GSVP durch den Lissabonner Vertrag.....	262
1. Allgemeines.....	262
2. Zuständigkeiten der Union in der GSVP.....	264
3. Beistandsklausel.....	265
4. Solidaritätsklausel.....	268
III. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit.....	271
1. Vorgänger der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit.....	271
1.1 Die Verstärkte Zusammenarbeit.....	271
1.2 Die Verstärkte Zusammenarbeit im Lissabonner Vertrag.....	274
2. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit.....	274
2.1 Gegenstand der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit.....	276
2.2 Die berechtigten Teilnehmer der SSZ.....	278
2.3 Kriterien der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit.....	280
2.3.1 Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten.....	280
2.3.1.1 Ausbau der nationalen Beiträge.....	281
2.3.1.2 Beteiligung an multinationalen Streitkräften.....	281
2.3.1.3 Teilnahme an den wichtigsten europäischen Ausrüstungsprogrammen... ..	281
2.3.1.4 Teilnahme an der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA).....	282
2.3.2 Bereitstellung bewaffneter Einheiten.....	284
2.4 Verpflichtungen im Rahmen der SSZ.....	285
2.4.1 Investitionsausgaben für Verteidigungsgüter.....	285
2.4.2 Angleichung des Verteidigungsinstrumentariums.....	287
2.4.2.1 Harmonisierung der Ermittlung des militärischen Bedarfs.....	287

2.4.2.2	Verteidigungsmittel und -fähigkeiten gemeinsam nutzen.....	289
2.4.2.3	Ausbildung und Logistik.....	290
2.4.3	Maßnahmen zur Stärkung der Effektivität.....	291
2.4.4	Zusammenarbeit zur Schließung der festgestellten Lücken	293
2.5	Praktische Fragen zur Gründung der SSZ.....	293
IV.	Zwischenergebnis.....	294
Kapitel VI: Die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik		
der EU auf dem Prüfstand – die Westbalkankrise		
		300
I.	Die Entwicklungen in Europa in den späten 80-er und den frühen 90-er Jahren	
	und ihr Einfluss auf die EG.....	300
II.	Das Engagement der EU im ehemaligen Jugoslawien im Rahmen der EPZ	303
1.	Beginn des Krieges und die politischen Maßnahmen der EG im Rahmen der EPZ.....	303
2.	Die EG-Politik im Rahmen der EPZ nach der Erklärung der Unabhängigkeit von	
	Slowenien und Kroatien	305
2.1	Brioni-Vereinbarung und die erste Beobachtungsmission der EG in Jugoslawien.	306
2.2	Die Haager Friedenskonferenz (Carrington-Plan).....	306
2.3	Richtlinie der EG für die Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa und in der	
	Sowjetunion	308
2.4	Die Bedeutung der Richtlinie der EG für die Anerkennung neuer Staaten	
	in Ost- und Südosteuropa	308
3.	Die EPZ der EG und der Bosnien-Krieg.....	309
4.	Vermittlungsversuche der EG in Bosnien	310
4.1	Cutilhiero-Plan.....	310
4.2	Die Londoner Friedenskonferenz.....	311
4.3	Der Vance/Owen-Friedensplan.....	311
4.4	Der Owen/Stoltenberg-Friedensplan	311
4.5	Das Debakel der EG in Bosnien.....	312
III.	Das Engagement der EU im ehemaligen Jugoslawien im Rahmen der GASP/ESVP	315
1.	Die humanitäre Hilfe der EU in den Kriegsgebieten.....	315
2.	EU-Administration in Mostar als erste zivil-militärische Mission der EU auf dem	
	Westbalkan	316
3.	Erste förmliche Mission der EU, durchgeführt von der WEU in Kroatien –	
	WEUDAM.....	318
4.	Das Engagement der EU im ehemaligen Jugoslawien nach dem	
	Daytoner Abkommen	318
IV.	Das Engagement der EU im Kosovo-Konflikt im Rahmen der GASP.....	320
1.	Das EG/EU-Engagement im Kosovo-Konflikt in der Anfangsphase des Zerfalls	
	Jugoslawiens	320
2.	EU-Reaktion vor dem Kriegausbruch in Kosovo und nach der Unterzeichnung des	
	Amsterdamer Vertrages.....	321
3.	Die Reaktionen der EU im Rahmen der GASP nach der Eskalation des Krieges in	
	Kosovo.....	323
3.1	Die restriktive Politik der EU gegen die BRJ.....	323
3.2	Das politische Engagement der EU zur Lösung der Kosovo-Frage.....	325
4.	Scheitern der Rambouillet-Konferenz und die NATO-Luftangriffe gegen die	
	Bundesrepublik Jugoslawien – Die Haltung der EU	327
4.1	Der Fischer-Plan.....	329
4.2	Der Erfolg des Fischer-Plans – Die Beendigung des Krieges in Kosovo.....	330
5.	Hat die EU im Kosovo-Konflikt versagt?.....	331
V.	Weitere Bemühungen der EU zur Herbeiführung des Friedens auf dem Westbalkan.	336
1.	Der Stabilitätspakt für Südosteuropa und die Rolle der EU im Stabilitätspakt.....	336

2. Die ersten zivilen Missionen und militärischen Operationen der EU im Rahmen der ESVP auf dem Westbalkan	339
2.1 Europäische Polizeimission in Bosnien und Herzegowina (EUPM)	340
2.1.1 Die Vorbereitung der Polizeimission	340
2.1.2 Die Aufgaben der Polizeimission	341
2.2 Die erste militärische Operation der EU in Mazedonien – CONCORDIA.....	343
2.2.1 Der politische Streit um den Namen Mazedonien	343
2.2.2 Der Konflikt mit der albanischen Bevölkerung.....	345
2.2.3 Das Rahmenabkommen von Ohrid und die erste militärische Operation der EU	346
2.3 Polizeimission EUPOL – Proxima.....	350
2.4 Die Übergangsmmission in Mazedonien – EUPAT.....	352
2.5 Zweite militärische Operation der EU auf dem Westbalkan – ALTHEA.....	352
2.5.1 Die Aufgaben der Operation	354
2.5.2 Die militärische Leitung der Operation	355
2.5.3 Zivil-militärische Koordinierung	356
2.5.4 Das Personal und die Beteiligung von Drittstaaten.....	359
2.5.5 Die Umstrukturierung der Operation – Zusammenfassung.....	360
2.6 Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union in Kosovo (EULEX-Kosovo)....	361
2.6.1 Die Vorbereitung der EULEX-Mission	362
2.6.2 Das Mandat der EULEX-Mission	363
2.6.3 Die Resolution 1244 und der künftige Status des Kosovo.....	364
2.6.4 Der Weg bis zur Entscheidung der Statusfrage.....	366
2.6.5 Die Entscheidung der Statusfrage und die Entsendung der EULEX-Mission nach Kosovo	369
2.6.6 Braucht die EU ein zusätzliches Mandat vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen?	369
2.6.7 EULEX – eine Mission der EU oder der VN?.....	371
2.6.8 Aufgaben der EULEX-Mission.....	373
2.6.8.1 Die beratenden, beobachtenden, anleitenden und exekutiven Aufgaben der EULEX-Mission.....	374
2.6.8.2 Aufgaben der EULEX-Mission im Bereich der Justiz.....	375
2.6.8.3 Die Aufgaben der EULEX-Mission im Bereich der Polizei	378
2.6.8.4 Aufgaben der EULEX-Mission im Bereich des Zoll.....	381
2.6.9 Das Personal und sein Status	381
2.6.10 Ausblick: Kann die EULEX-Mission die Rechtsstaatlichkeit in Kosovo sichern?	382
Kapitel VII: Schlussfolgerungen	386
I. Entwicklungsstand der ESVP	386
II. Ist die EU gut gewappnet, um ihre Aufgaben im Rahmen der ESVP erfüllen zu können?	390
III. Ausblick.....	397
Literaturverzeichnis:	402